

**Annoncen**  
Annahme-Bureau:  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelminstr. 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Kreisland,  
in Breslau bei Emil Habath.

**Annoncen**  
Annahme-Bureau:  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. L. Hanke & Co., —  
Haasenstein & Vogler, —  
Rudolph Wölfe,  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidenbank.“

# Posener Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Mr. 848.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 3. Dezember  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die jahrgewaltene Zeile oder deren Raum, Postkarten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

## Amtliches.

Berlin, 2. Dezember. Der König hat dem Generalarzt Dr. Schubert, Subdirektor des medizinisch-chirurgischen Friedrich-Wilhelm-Instituts, den R. A. O. 3. Kl. mit der Schleife und Schwertern am Ringe; dem Justizrat und Ober-Amtsrichter Weyneken zu Lützenburg den R. A.-O. 2. Kl. mit der Schleife; dem Oberförster Scults zu Stalischen, im Kreise Darkehmen, den sgl. Kronen-Orden 3. Kl. dem Kommerzien-Rath Samuel Jaffé zu Posen den s. Kronen-Orden 4. Kl. verliehen.

## Deutscher Reichstag.

18. Sitzung.

Berlin, 2. Dezember. 12 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück, Stephan u. A. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Abg. Wiggers: „welche Schritte gehen die Reichsregierung in ihm, um die Bestimmungen in Art. 4 Nr. 8 und 9 der Reichsverfassung, wonach die Herstellung von Wasserstraßen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs, der Flößerei- und Schiffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren, sowie die Flus- und sonstigen Wasserzölle der Beaufsichtigung Seiten des Reichs und der Gesetzgebung derselben unterliegen, praktisch wirksam zu machen.“

Abg. Wiggers: Der Art. 4 der Reichsverfassung bestimmt als der Beaufsichtigung des Reiches und der Gesetzgebung derselben unterliegend, auch die Herstellung von Land- und Wasserstraßen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs. Diese Verfassungsbestimmung ist bisher ein toter Buchstabe geblieben. Als die Eisenbahnen erfunden wurden, hielt man zuerst die Kanäle für einen überzündenden Standpunkt; man glaubte, sie seien durch die Eisenbahnen völlig überflüssig gemacht worden. Der Centralverein zur Förderung der deutschen Flus- und Kanalschiffahrt hat sich das Verdienst erworben, das Interesse für die Kanäle aufs Neue zu beleben und die Überzeugung wieder zu erwachen, daß Deutschland eines großen Kanalnetzes nicht entbehren könne. Gerade Deutschland sei durch die Lage und Richtung seiner Hauptströme zur Ausbildung eines solchen Kanalnetzes vorzüglich geeignet. Wir können einen Kanal von Berlin nach dem Rheine bauen, indem wir die Elbe, Weser und den Rhein durch eine Wasserstraße mit einander verbinden. Wir haben bereits eine Wasserstraße, die durch den Finow-Kanal nach der Neise hingehet und vermittelst des bromberger Kanals mit der Weichsel in Verbindung steht. Wir können also, wenn ferner der projektierte Kanal von Rhein bis zur Elbe gleichfalls ausgeführt ist, eine Wasserstraße herstellen, welche uns mit dem belgischen, holländischen und französischen Wasserstraßenystem und durch den bromberger Kanal mit dem großen russischen Wasserstraßennetz in Verbindung steht. Wenn wir außerdem den Elbe-Spree- und den Rostock-Berliner Kanal ausführen, so erhalten wir eine Wasserstraße, die von Nord nach Süd, von der Ostsee über Berlin bis nach Dresden führt. Nun ist bekanntlich in Österreich ernstlich der Donau-Oderkanal projektiert und durch ihn würde alsdann Wien mit Berlin und Stettin, und so die Ostsee mit dem Schwarzen Meer durch eine Wasserstraße verbunden sein. Für den Elbe-Spree- und Rostock-Berliner Kanal sind bereits Vorarbeiten gemacht worden und ebenso sind von dem Baurath Michaelis und dem Wasserbaupräsidenten Hitz sehr werthvolle Vorarbeiten vorgelegt für die Verbindung des Rheines mit der Weser und der Elbe. Die Kosten dieses letzteren Kanals würden vor einigen Jahren pro Meile auf 350,000 Thlr. veranschlagt; da aber inzwischen Materialien und Arbeitslöste im Preise gestiegen sind, würden sich die Baukosten gegenwärtig wohl auf 400,000 Thlr. pro Meile belaufen. Man hat eingemessen, mit denselben Mitteln könnte man ja fast eine Eisenbahn bauen, voraus aber dabei, daß die Transportkosten auf dem Kanal ungleich billiger sind, als auf der Bahn, zumal seit die Fortbewegung der Kanalfahrt durch Dampf an der Kette oder am Tau allgemeine Anwendung findet. Einen wie segensreichen Einfluß aber würde die Herstellung dieses Kanalnetzes auf den Nationalwohlstand des Landes aufzufliegen, wenn wir aus unseren großen Kohlenbedecken am Rhein und in Westfalen und Schlesien die Kohle für einen halben Pfennig pro Zentner und Meile nach Berlin und zum Export nach den Sächen schaffen könnten. Unsere Produktion kann sich immermehr gedeihlich entwickeln, wenn wir nicht unser Kanalsystem in höherem Maße ausbilden, als das leider bisher geschehen ist. Wir haben bereits im Jahre 1872 und 73 gesehen, daß die Eisenbahnen allein nicht im Stande sind, den Verkehr zu bewältigen. Ich habe mich gewundert, daß die großen Eisenindustriellen sich um einen Schutzoll bemühen, anstatt ihr Hauptaugenmerk auf die Entwicklung des Kanalbaus zu richten. Denn diese würde ihnen tatsächlich einen viel besseren Schutz gewähren als die Kapitulation eines Schutzzolls; und jener erstere Schutz würde in gleichem Maße wie den Industriellen auch den Konsumenten zu Gute kommen. Wenn wir in dem Ausbau unseres Kanalsystems wie bisher nichts thun, so kann unsere Industrie gegenüber dem Auslande auf die Länge ganz sicher nicht konkurrenzfähig bleiben, denn unsere Hauptkonkurrenten, Frankreich, Belgien, Nordamerika haben für ihre Industrie ein wohlvorbereitetes Kanalsystem. Sie können daher billiger produzieren als wir, indem sie ihre Produkte nach den Zentren der Produktion billiger befördern und zugleich den Arbeitern einen billigeren Lebensbedarf schaffen. Nach einem Bericht der französischen Enquetekommission für Eisenbahn- und Verkehrsweisen hatte Frankreich im Jahre 1872 668 prozentuale Meilen an Kanälen, England 608, Belgien 207, Preußen 71 Meilen. (Hör!) Jedes der drei Länder hat pro Quadratmeile fast zehnmal so viel Kanäle als Preußen und das Reich. Und gleichwohl hat die Enquetekommission es für notwendig erachtet, für die Verbesserung und Verstärkung des französischen Schiffahrts-Systems einen Betrag von 646 000 000 Mark zu beantragen, wovon 348 000 000 M. für die nächsten 8 Jahre verwendet werden sollen und zwar 282 000 000 allein für die Vermehrung der Kanäle. So verfährt man in Frankreich nach einem beispiellos ungünstigen Kriege; was haben wir mit unserem Militärverfangen für Kanalbauten gethan? Ohne sein Kanalsystem hätte Frankreich niemals Paris mit 2 Millionen Einwohnern auf 5 Monate versorgt, während es uns und unserem großen strategischen Motte in jenem Kriege gewiß sehr erwünscht gewesen wäre, wenn wir eine Wasserstraße vor Berlin nach dem Rheine gehabt hätten. Um die Interessen der Flus- und Kanalschiffahrt hinsichtlich zu wahren, muß eine Reichsbörde auf Grund der Kompetenz, die dem Reiche nach der Verfassung zusteht, thätig und wirksam sein. Es ist keineswegs notwendig, daß dies eine erste neu zu schaffende Behörde sei; ich bin durchaus dafür, diese Aufgabe dem bereits bestehenden Reichsfeuerbachnamt zu übertragen und seine Kompetenz dem entsprechend zu erweitern.“

Der Frage, ob die Kanäle auf Kosten des Reichs, der Einzelstaaten oder Privatgesellschaften herzustellen seien, will ich in keiner Weise voreilen; es befindet ja gleichzeitig nebeneinander diese verschiedenen Systeme in Bezug auf unsere Eisenbahnen, für welche wir eine derartige Zentralbehörde bereit haben. Die Aufgaben, die ihr zufallen würden, sind höchst wichtiger und dringender Natur. Der Centralverein zur Förderung der Kanalschiffahrt hat an die Reichsbehörde eine Anfrage in Bezug auf die so wünschenswerte Feststellung der Minimaldimension der Kanäle in Deutschland gerichtet, eine Antwort hierauf ist ihr leider bis jetzt noch nicht zu Theil geworden. Es ist offenbar, daß die Verschiedenheit dieser Dimension für die Herstellung eines umfassenden Kanalnetzes von nachteiliger Wirkung sein müßt. Nicht minder wichtig ist die Herstellung eines Frachtrechts und einer Kanalschiffahrtsordnung. Das Reichsfeuerbachamt ist nun deshalb die geeignete Behörde für diese Aufgaben, weil Kanäle und Eisenbahnen ebenso wie die Post und Telegraphie natürgemäß zusammengehören. Beide machen einander nicht etwa eine schädliche Konkurrenz, sondern ergänzen sich. Das beweist am besten die Thatache, daß die Eisenbahnen vorzugsweise längs den Strömen und Flüssen angelegt werden. Auf Flüssen werden eben die Rohmaterialien fortbewegt und die fertiggestellten Waren gehen auf den Eisenbahnen wieder zurück. Ich habe somit dargetan, daß das Interesse Deutschlands auf das Dringendste einer Fürsorge von Seiten des Reiches bedarf, und ich hoffe daher, von Seiten des Reichskanzleramtes eine entgegenkommende Erwidlung zu erhalten.

Präsident Delbrück: Der Interpellant begann mit der Aussage, daß die von ihm bezeichnete Bestimmung der Reichsverfassung bisher ein toter Buchstabe geblieben sei. Dem muß ich durchaus widersprechen. Es ist zunächst durch ein Reichsgesetz das Verhältnis der Flözer-Abgaben geregelt worden. Sodann ist auf Antrag von Handelsplätzen die sich über den Zustand der Elbe, namentlich auf der preußischen und anhaltischen Elbstrecke beschwerten, eine Reichskommission zur Untersuchung dieser Stromstrecke entsandt worden. Diese hat stattgefunden und zu Ergebnissen geführt, die nur deshalb augenblicklich noch nicht bemerkbar machen, weil bekanntlich derartige Wasserbauten nicht nur sehr lange Vorbereitungen, sondern auch eine längere Zeit erfordern, bis ihre guten Folgen sichtbar werden. Es ist ferner eine Reichskommission mit der Untersuchung des Fahrwassers der Weser unterhalb Bremen beauftragt worden. Dieselbe hat bereits ihren Bericht erstattet und wird die Ausführung der nötigen Maßregeln gegenwärtig im Bundesrat vorbereitet. Dies sind die Schritte, die bisher auf Grund der bezeichneten Verfassungsbestimmung geschaffen sind. In keinem Falle aber haben die verbündeten Regierungen diese Bestimmungen in der Ausführung aufgefaßt, daß dadurch dem Reiche die Aufgabe zugefallen sei, in Deutschland ein Kanalnetz herzustellen; es wäre auch höchst bedenklich, dem Reiche eine solche Aufgabe zu vindizieren. Das schließt allerdings keineswegs aus, daß das Reiche den Interessen der Kanalschiffahrt, die im Bundesrat ihre volle Würdigung finden, sein Interesse zuwende. Auf die von dem Centralverein zur Förderung der Kanalschiffahrt an den Bundesrat gerichtete Frage wegen der Minimaldimension hat der Bundesrat im vorigen Jahre beschlossen, die Regierungen zu ersuchen, sich über gewisse Fragen zu äußern, deren Kenntnis zur Prüfung der Sachlage notwendig erschien. Diese Frage betrifft die Kosten und die Zeit der Herstellung der bestehenden Kanäle, die Höhe der Kanalabgaben und die jährlichen Durchschnittseinnahmen, endlich die Frage, ob es sich empfehle, für den durchgehenden Verkehr völlig einheitliche Kanaldimensionen festzustellen, und welche Dimension als die zweckmäßigste erscheine. Auf diese Fragen ist von der Mehrzahl der Bundesregierungen bereits geantwortet worden. Es stehen nur noch wenige Antworten zurück, und wenn das gesamte Material vorliegt, wird der Bundesrat in der Sache weiter vorgehen und bezügliche Beschlüsse fassen. Auf die Einzelmaßregeln, die der Interpellant zum Vorschlag brachte, bin ich nicht im Stande einzugehen. Hierzu gehört auch die Frage der Errichtung einer besonderen Reichsbehörde, oder der Überweisung der betreffenden Aufgaben an das bestehende Reichsfeuerbachamt.

Auf den Antrag des Abg. v. Kardorff tritt das Haus in eine Diskussion über den Gegenstand ein und zwar bemerkt der genannte Herr Abgeordnete, daß ihn bei seinem Antrage die Absicht geleitet habe, zu zeigen, wie auch er und seine Freunde der Kanalsfrage das Interesse entgegenbrächten, welches ihrer außerordentlichen Wichtigkeit gebühre, und daß dieser Anteil sich nicht bloß auf eine Partei (in diesem Fall die Fortschrittspartei) beschränke. Ein Vergleich dessen, was in Deutschland dafür geschehen und auch vom Präsid. Delbrück hervorgehoben sei, mit den gewaltigen Anstrengungen und Leistungen in Frankreich, Belgien und England, sei für uns geradezu niedrisschlagen. Die Beantwortung der Interpellation erscheint insofern nicht ganz unzutreffend, als der Interpellant gar nicht verlangt habe, daß das Reiche seinerseits das Kanalnetz herstelle oder das Projekt dazu entwerfe, sondern nur, daß eine ständige Reichsbehörde für diesen Verkehrsweg geschaffen werde. Die deutsche Industrie habe ein großes Interesse an der Herstellung billiger Transportmittel und die Eisenindustriellen hätten ausdrücklich betont, daß sie der Schutzzölle nicht bedürfen würden, sobald ausreichende Wasserstraßen vorhanden seien; zu bedauern sei eben, daß diese Schutzzölle, welche jetzt den Ausgleich für die niedrigen Frachtsätze in Belgien und England bilden, aufgehoben werden sollen, bevor noch das notwendige Kanalsystem hergestellt sei.

Abg. Wiggers nimmt den Beifall des Vortredners und die von ihm gegebene Auslegung der Interpellation dankbar an und hofft, daß nachdem die Idee des Ausbaus des deutschen Kanalnetzes bei dem Präsidienten Delbrück Anklang gefunden, dem Hause bestimmte Vorschläge von Seiten des Bundesrates werden gemacht werden, die jedenfalls gewichtiger sein werden, als wenn Seiten des Redners ein Antrag gestellt würde. Nach reislicher Erwähnung der Angelegenheit im Reichskanzleramt und Bundesrat wird eine Einigung des letzten jedenfalls leicht zu erreichen sein, da hier die Einzelstaaten kein so großes Interesse an der Erhaltung ihrer Autonomie haben, wie bei den Eisenbahnen. Statistische Mittheilungen über unsere Kanäle sind ohne Zweifel wichtig, aber für die Frage der Minimaldimensionen der Kanäle haben diese Unterforschungen gar keinen Werth. Unsere alten, meist aus der Zeit Friedrich des Großen stammenden Kanäle sind auf nur 5 Fuß Tiefe berechnet und sind, weil man sich ihrer nicht angenommen hat, auf 3-4 Fuß heruntergegangen. Die französische Enquetekommission hat beantragt, daß sämtliche Kanäle Frankreichs auf 2 Meter Tiefe erweitert und dementsprechend die Schleusen verändert würden, was viele Millionen kosten würde. Ich wünsche, daß man in Deutschland die früheren Erfahrungen, die man auch in Amerika in dieser Beziehung gemacht hat, wo man den Erie-Kanal auf längere Zeit hat schließen müssen, beherzt, und der Widerstand, der namentlich von Seiten des preußischen Handelsministeriums erhoben wird, für die Kanäle mit durchgehendem Verkehr bestigt wird, daß man nicht auf 3-4 Fuß zurückgeht und die alten Kanäle als Ideal hinstellt.

Damit ist der Gegenstand erledigt und tritt das Haus in die weite Beratung des Gesetzeswurfs, betreffend die Abänderung des § 4 des Gesetzes über das Postwesen des deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871 ein. An Stelle dieses § 4 sollen 13 neue Artikel treten.

Art. 1 lautet: „Der Eisenbahnbetrieb ist, soweit es die Natur und die Erfordernisse deselben gestatten, in die notwendige Uebereinstimmung mit den Bedürfnissen des Postdienstes zu bringen. Die Einführung besonderer Züge für die Zwecke des Postdienstes kann jedoch von der Postverwaltung nicht beansprucht werden. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Postverwaltung und den Eisenbahnverwaltungen über die Bedürfnisse des Postdienstes, die Natur und die Erfordernisse der Eisenbahnbetrieb entscheidet, soweit die Postverwaltung sich bei dem Ausprache der Landes-Aufsichtsbehörde nicht beruft, der Bundesrat, nach Anhörung der Reichs-Eisenbahnen-Amt.“

Die gesprochenen Worte hat die Kommission hinzugefügt.

Der Berichterstatter Abg. Berger verzichtet auf einen einleitenden Vortrag, zumal der von ihm abgefaßte schriftliche Bericht in aller Händen ist, und will nur der Witzdeutung entgegentreten, welche die Thätigkeit der Kommission bei Mitgliedern des Hauses und in einzelnen öffentlichen Blättern erfahren hat, als wolle sie die Leistungen der Eisenbahnen zu Gunsten der Post wesentlich vermindern und diese in ihrer seiterigen Stellung gegenüber den Eisenbahnen schädigen. Wer den vorliegenden Bericht auch nur einer oberflächlichen Durchsicht gewidmet hat, wird finden, daß diese Behauptung jedes Grundes entbehrt. Die Kommission war darin einig, daß die leistungsfähigen Leistungen der Eisenbahnen für die Post durchweg aufrecht zu erhalten seien, sie schlägt nur eine andere Grenze für viele unentgeltliche Leistungen vor. Man hat den Beschluss der Kommission als etwas ganz Unnormales und nie früher Dagewesenes hingestellt. Bereits bei Beratung des Postregals im Jahre 1867 ist die damalige Kommission des norddeutschen Reichstages, für die der heutige Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Michaelis referierte, wesentlich von denselben Anschauungen ausgegangen; es wurde geäußert, daß es sich vielleicht mehr empfehle, die Post als eine schwere Kunden der Eisenbahnen, statt als eine Servituthberechtigte aufzutreten zu lassen. Man hat damals von besonderen Anträgen ab, weil man annahm, der Bundesrat werde das Interesse der Eisenbahnen ebenfalls wahrnehmen. Dieselbe Ansicht machte sich schon im Jahre 1852 in der preußischen Volksvertretung bei der Beratung des Gesetzes geltend, das als Grundlage für das norddeutsche und deutsche Postregal gedielt hat. Die damalige Postverwaltung beanspruchte die Aufrechterhaltung des Postregals aus den nämlichen Gründen, aus denen jetzt die Post ihre seiterigen Ansprüche ebenfalls verteidigt, nämlich mit dem Hinweis auf das Bestehende, auf das historische Recht. Der Antrag des damaligen Finanzrats, jetzt preußischen Finanzministers Otto Camphausen auf Belebung des Postregals wurde angenommen. Speziell in Art. 1 sei noch erwähnt, daß sich die Delegirten des Bundesrates mit dem Zusage der Kommission einverstanden erklärt haben.

Der Art. 1 wird darauf angenommen.

Der wichtigste und am meisten bestreitete Artikel des Gesetzes ist der zweite, welcher lautet:

„Mit jedem für den regelmäßigen Beförderungsdienst der Bahn bestimmten Zuge ist auf Verlangen der Postverwaltung ein von dieser gefestelter Postwagen unentgeltlich zu befördern. Diese unentgeltliche Beförderung umfaßt: a) die Briefpostsendungen, Beiträge, G. über mit Einschluß des ungenügenden Goldes und Silbers, Juwelen und Pretiosen ohne Unterschied des Gewichts, ferner sonstige Poststücke bis zum Einzelpreise von 2 Kilogramm einschließlich, b) die zur Beleitung der Postsendungen, sowie zur Beförderung des Dienstes unterwegs erforderlichen Postbeamten, auch wenn dieselben vom Dienste zurückkehren, c) die Gerätschaften, deren die Postbeamten unterwegs bedürfen.“

Für Poststücke, welche nicht unentgeltlich zu befördern sind, hat die Postverwaltung eine Frachvergütung zu zahlen, welche nach der Gesamtmenge der auf der betreffenden Eisenbahn sich bewegenden unentgeltlichen Poststücke für den Achskilometer berechnet wird.“

Die Mithörförderung solcher Päckereien, welche nicht zu den Brief- und Zeitungspäckchen gehören, soll bei Zügen, deren Fahrtzeit besonders kurz bemessen ist, befrankt oder ausgeschlossen werden, wenn dies von der Eisenbahn-Aufsichtsbehörde zur Wahrung der pünktlichen und sicherer Beförderung der betreffenden Züge für nothwendig erachtet wird.“

Die gesprochenen Worte bezeichnen die von der Kommission beschlossenen Änderungen, namentlich 2 Kilogramm statt 10, wie die Regierungsvorlage als Grenze für die unentgeltliche Beförderung vorschlug. Die genaue Bestimmung der Frachvergütung in Linie 2 soll die „angewiesene“ Vergütung der Vorlage präzisieren. Am Schluß des Artikels batte die Vorlage die Befräntung oder den Ausschluß von Päckereien bei Schnellzügen zugelassen, wenn „andere zur Mithörförderung der Päckereien geeignete Züge auf der betreffenden Bahn eingerichtet sind.“ Diese letztere Bedingung hat die Kommission gestrichen.

Von zwei Seiten, von Grumbrecht und von Graf Kleist und v. Minnigerode, wird die Wiederherstellung der Vorlage: 10 Kilogramm als Grenze für die unentgeltliche Beförderung beantragt, von Grumbrecht auch die Wiederherstellung der Bedingung am Schluß des Artikels: „wenn andere u. s. w.“ Im Laufe der Debatte beantragt Parisius 5 Kilogramm als Vermittelung zwischen Vorlage und Kommission.

Referent Berger bringt zunächst den Vorschlag zur Sprache, daß bevor noch der Bericht der Kommission verlesen, also abgeschlossen war, bei ihm eines Tages ein Schriftstück ohne Datum und Unterschrift mit einer Empfehlung des Generalpostmeisters abgegeben wurde, „ur gefälligen Kenntnissnahme befreit“. Eine Mitteilung dieser Art und in dieser Form betrachtet der Referent als eine gegen die Reichsverfassung und die Geschäftsordnung des Hauses verstoßende Anomalie. Die Delegirten des Bundesrates haben nicht Schriftstücke an Kommissionsmitglieder außerhalb der Kommissionen und ihrer vorgeschriebenen Thätigkeit zu verleihen und muß gegen ein solches Verfahren protestirt werden, daß mit kein Bräubild für die Zukunft geschaffen werde. Was in jenem Schriftstück enthalten ist, konnte der Generalpostmeister selbst in der Kommission vorbringen. Der Referent dachte Anfangs daran, es in derselben Weise zu beantworten, aber er besann sich bald eines Besseren und erkannte, daß es unpassend sein würde, vor den Verhandlungen im Reichstag auf eine derartige nicht unterzeichnete Aussicht einzugehen. Denn die Unterschrift des Generalpostmeisters, der es ihm zur Information zugeschickt hat, ist keine in dem Sinne, daß dadurch die Verantwortlichkeit für seinen Inhalt übernom-

men wird. In seinem Interesse muß sogar angenommen werden, daß er das Schriftstück nicht ganz eingehend gelesen hat, sonst würde er eine Stelle darin bemerkt haben, die für den Verkehr zwischen Bevölkerung und des Bundesrats und Mitgliedern des Hauses nicht ganz passst. Es ist dort nämlich von einem „eventuellen“ Amendement die Rede, welches in Wirklichkeit bereits in der Kommission erörtert war, nämlich die 10 Kilogramm durch 5 zu erhöhen (ein Amendement, das heute von Paris aus wieder aufgenommen worden ist, s. o.). Von demselben wird gefragt, daß es sich „durch die Abwesenheit von Gründen charakteristise“, und das ist nicht höflich.

Abg. Neyer, der sich selbst als sehr heiser bezeichnet und daher kaum schwer verständlich ist, unterscheidet zwischen der Stellung der Post und den Reichseisenbahnen, den Staatsbahnen und den Privateisenbahnen gegenüber. In der ersten Beziehung sei das Prinzip der Vorlage kein abnormes, in der zweiten handle es sich nicht darum, ein bestehendes Recht zu konsolidieren, sondern ein völlig neues Recht zu schaffen, da die Wirkung des Gesetzes von 1867 mit dem 1. Jan. 1876 aufhören, in der dritten Beziehung seien die Privateisenbahnen zwar durch ihre Konzessionen zur Tragung der fraglichen Lasten verpflichtet; diese Verpflichtung bestehe aber nach dem Reich, sondern den die Konzessionen ertheilenden Staaten gegenüber, und hätten auch die Einzelstaaten ihr Recht an das Reich abgetreten, so könnte doch, was auf reichsrechtlichem Wege eingeführt werden, auf diesem auch wieder abgeschafft werden. Von einem hergebrachten Rechte könne auch nicht die Rede sein, dazu sei der Bestand des Reichs zu jung. Bei der Stellung der Post gegenüber den Staatsbahnen sei auch noch in Betracht zu ziehen, daß die Einzelstaaten die Leistungen, die sie unentgeltlich der Post erwischen, dieser wieder zu vergütten verpflichtet seien. Das günstige finanzielle Ergebnis der Post sei nicht so sehr eine Folge ihrer unzweifelhaft auszeichneten Verwaltung, sondern der ihr zufließenden Privilegien. Aus diesen Gründen ist Redner weder für die Regierungs-, noch für die Kommissionsvorlage, sondern für eine volle Entschädigung der Eisenbahnen.

Abg. Grumbrecht: Wenn man den Rath des Vorredners befolgen und v. Artikel 2 ganz ablehnen wollte, so bliebe eben Alles beim Alten, und die Privateisenbahnen würden der Vortheile verlustig gehen, welche das vorliegende Gesetz ihnen einräumen will. Ich meine, wir müssen den Bundesstaaten alle Anerkennung dafür angeboten lassen, daß sie ihre finanziellen Interessen denen des Reichs untergeordnet haben, und wenn auf Grund dessen der Kompromiß, den der Entwurf vorstellt, zu Stande gekommen ist, so wäre es unverständlich wenn die Reichsvertretung sagen wollte, wir wollen das Opfer, das die Bundesregierungen uns anbieten, nicht annehmen. Ich hoffe daher, daß meine Anträge auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage hier eine günstige Aufnahme finden werden, um so mehr, als es gegenwärtig durchaus nicht gleichgültig ist, ob unsere Reichseinnahmen eine Million mehr oder weniger betragen. Die Erfahrungen, welche Bayern und Württemberg gemacht haben, wo die Post volle Vergütung für die Leistungen der Eisenbahnen zu zahlen hat, sind durchaus nicht einleuchtend. Dazu kommt endlich, daß die Post kein Gewerbe, sondern eine öffentliche, im allgemeinen Verkehrsinteresse geschaffene Einrichtung ist, die daher gegenüber anderen Verkehrsseinrichtungen nicht wie eine einfache gewerbliche Unternehmung behandelt werden kann. Die Streitfrage des Schlusszuges des Art. 2 der Regierungsvorlage erscheint mir um so ungerechtfertigter, als die Eisenbahnauflösungsbehörden, nämlich die Landesregierungen, sie gar nicht beansprucht haben.

Abg. Haussmann (Westphalen): Sei auf die Gefahr hin, für einen Anwalt pro domo zu gelten (der Redner ist Mitglied der Direktion der Post- und Magdeburger Bahn) will ich mich bemühen, die Unzufriedenheit, welche in der jüngsten Zeit gegen die Eisenbahnen und besonders gegen die Privatbahnen geäußert hat, ein wenig zu zerstreuen. Die Entstehungszeit der Eisenbahnen, vorzugsweise der preußischen lebt es, wie unbedingt viele heutige Vortheile gegen die Privateisenbahnen sind und daß diese sehr wohl einen Anspruch auf gerechte Beurteilung haben. Ihre Entstehung fällt in eine Zeit, wo die preußische Regierung nicht in der Lage war, Staatsbahnen zu bauen, nicht etwa aus Mangel an Kredit, sondern weil sie zu der Annahme von Anleihen der Zustimmung der Räte standen befürchtete, und diese damals nicht existierten. Da war es denn lediglich die Aufgabe der Privatindustrie, das Land mit den notwendigsten Verbindungen zu versehen. Es wäre die Pflicht der Regierung gewesen, wenigstens die Lücken zu bezeichnen, deren Bau ihr aus strategischen Rücksichten oder im Verkehrsinteresse besonders notwendig erschien, allein man überließ so zu sagen Alles dem Zufall, um nachher, als die Bahnen gebaut waren, von allen Seiten ihnen zu herauftaufen. Die Bestimmung des Eisenbahngesetzes, wonach die Eisenbahnen die Praktikarife zu ermächtigen haben, sofern ihre Einnahmen mehr als 10 Proz. des Anlagekapitals betragen, ist von H. v. d. Heydt dahin interpretiert worden, daß diese Vorschrift auch für Prioritäts-Anleihen gilt. Man hat die Eisenbahnen ferner nicht allein zu den Staatssteuern herangezogen, sondern die Gemeinden haben von ihnen die Kommunalsteuern, so weit sie als Zuflüsse zu den Staatssteuern aufgebracht wurden, überall erhoben, wo die Bahnen Bahnhöfe oder andere Niederlassungen hatten. Dazu kamen die stets wachsenden Ansprüche an Komfort und Eleganz der Bahnhöfe und Waggons, ohne daß man gestattet hätte, die Fahrpreise entsprechend zu erhöhen. Der Vorbehalt des Eisenbahngesetzes ist nur dadurch erreicht worden, daß die Hannover durchschneidenden Privatbahnen die Garantie für etwaige Ausfälle der hannoverschen Staatsbahnen übernahmen. Man liebt es, die Privatbahn Geellschaften als eine Gesellschaft von Gründern und Wegelagern hinzustellen, welche das Publikum ausbeuten. Meine Herren! Dem ist nicht so. Die deutschen Privatbahnen repräsentieren eine Milliarde Kapital, und es wäre einfach nicht zu verantworten, daß sie leichtfertig preiszugeben. Dennoch sind die meisten Privatbahnen schon jetzt in peinlichen Verlegenheiten und ihre Einnahmen unter den gewöhnlichen Zinsfuß des Anlagekapitals herabgezogen. So wird von allen Seiten auf die Bahnen losgeschmämt, am schwersten aber empfinden sie gerade den Postbeamten, und ich bitte Sie durch Annahme der Kommissionsbeschluß dessen Schläge wenigstens einzumachen zu mildern.

Abg. v. Minnigerode: Man kann mit den Privatbahnen alle Sympathien haben, ohne ein Grund darin zu finden, für die Kommissionsanträge zu stimmen, deren finanzielle Tragweite nicht in Betracht kommt. In dem Kommissionsbericht kommt der Soz vor, das gegenwärtige Verhältnis von Post und Eisenbahnen enthebe der fiktiven Recht. Es immer eine zweifelhafte Sache von Sittlichkeit bei rein materiellen Dingen zu sprechen, und ich möchte im Gegensatz zu dem Ausspruch des Herrn Senften behaupten, die Vorschläge der Kommission entbehren der finanziellen Basis. Die Einsicht, welche die Post an ihren Einnahmen erleiden würde, ist sehr erheblich und würde kein bloß vorübergehender Ausfall sein, er müßte gedeckt werden durch eine Erhöhung des Postos der Kreisbanknoten oder des Zeitungsdebites. Der erste Ausweg würde den Handel aufs Empfindlichste schwächen, und der zweite kann ebenfalls nicht betreten werden, nachdem die finanziellen Erleichterungen, die den Zeitungen durch Aufhebung der Käutionen und des Stempels zu Theil geworden sind, die Kompensation eines strengen Briefgesetzes genügen. Auf der anderen Seite ist die Entlastung der Eisenbahnen, welche die Beschlüsse der Kommission zur Folge haben würden, eine sehr unsichere und jedenfalls verschwindend klein im Verhältnis zu dem Ausfall, den die Reichseinnahmen erleiden. Ich bitte Sie daher, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Bundeskommisssor Geh. Postrat Fischer: Als heute vor einem Monat die Vorlage eingegangen wurde, wurde ihr Inhalt dahin charakterisiert, daß es für die Privatbahnen bei den bisherigen Konzessionsbestimmungen belassen werden, für die Staatsbahnen aber wesentliche Erleichterungen herbeigeführt werden sollten. Man habe damals Vorstellungen, daß die vorgeschlagenen Änderungen des bisherigen Provisoriums keine Erleichterungen für die Bahnen seien, ich kann aber in meiner Freude konstatieren, daß diese Vorstellungen grundlos gewesen sind. Alle Änderungsanträge zur Regierungsvorlage sind eingegangen, nicht weil diese über das bestehende Recht hinausgeht, sondern um eine Verminderung der nach bestehendem Recht zu leistenden Lasten herzuführen. Die Antragsteller gingen von prinzipiellen Gründen aus, weil sie die bisherige Entwicklung des Verhäl-

nisses zwischen Post- und Eisenbahnverwaltung nicht für eine gerechte und billige hielten. Ich will diese Gründe nicht widerlaufen; jedenfalls war es aber der Standpunkt des Gesetzgebers von 1838 als Erlass für die den Eisenbahnen gewährten großen Privilegien ihnen gewisse Leistungen im Interesse des öffentlichen Verkehrs aufzulegen. Dieser Standpunkt ist bisher immer und auch im preußischen Landtag zu Grunde gelegt worden. Der Bundesrat kann der Heraufsetzung des Paketgewichts weder auf zwei noch auf fünf Kilogramm bestimmen, weil er eine solche Bestimmung für den Interessen des öffentlichen Verkehrs zwiderlaufen crachtet. Man sagt nun, man wolle einen Kompromiß schließen zwischen der Post und den Eisenbahnen, aber ein solcher Kompromiß ist bereits in der Vorlage enthalten, die Post verlangt anstatt des ihr bisher zustehenden Rechtes, auf Staatsbahnen Pakete von 20 Kilo frei zu befördern, nur die freie Beförderung von 10 Kilo wiegenden Paketen, sie verzichtet auf ihr bisheriges Recht, mehr als einen Wagen in jedem fahrläufigen Zug einzustellen. Wenn sich ein Bedürfnis nach weiteren Konzessionen bemerkt macht und man die Heraufsetzung auf zwei Kilo wünscht, so hat man wohl die Tragweite eines solchen Kompromisses verkannt. Man hat auch vorgeschlagen, nur die Hälfte der Pakete sollte frei befördert werden, die andere Hälfte zahlungspflichtig sein. Die Hälfte würde dann allerdings frei befördert werden der Zahl nach, sie würde aber nur ein Siebtel des Gesamtwertes repräsentieren, die übrigen  $\frac{6}{7}$  würde die Post bezahlen müssen, und nach dem Gewicht wird die Bezahlung berechnet. Es ist hier behauptet worden, die Lasten der Eisenbahnen für die Post betrügen ein Prozent der gesammten Dividende. Bei der statistischen Thatsache, daß die Aktien und Prioritäten der deutschen Privatbahnen ein Kapital von 3600 Millionen Mark repräsentieren, würden die Leistungen für die Post sie bis zu einem Kapital von 36 Millionen Mark konsumieren. Ich möchte diese Berechnung des Abg. Haussmann bezeichnen, ein solcher Betrag ist niemals auch nur annähernd erreicht worden. Es ist auch höchst unwahrscheinlich, daß durch die Bezahlung von Seiten der Post eine Erleichterung der Taxe werde herbeigeführt werden. (Sehr richtig!) Das hat auch Abg. Haussmann, der als Vertreter der Privatbahnen aufgetreten ist, nicht gesagt. Wenn das Paketgewicht auf zwei Kilo herabgesetzt wird, so wird dadurch nur für die Staatsbahnen eine Erleichterung geschaffen — für die Privatbahnen bleibt es bei den Konzessionsbestimmungen — und man kann dem Abg. Grumbrecht zustimmen, daß man das Interesse der Regierungen bei den Staatsbahnen nicht über ihren Wunsch hinaus zu wählen brauche. — Eine Heraufsetzung, wie sie der Kommissionsvorschlag verlangt, würde eine Mehrausgabe von 2 Millionen Mark verursachen. Welche Mehrausgabe die Heraufsetzung auf 5 Kilo verursachen würde, könnte von dem Bundeskommisssor bei den Beratungen der Kommission nicht angegeben werden, weil die betreffenden Ermittelungen noch nicht abgeschlossen waren. Das Resultat derselben, ist nachdrücklich von dem General-Postdirektor mehreren Mitgliedern der Kommission und des hohen Hauses überbracht worden. Wenn der Abg. Berger glaubt, daß durch ein solches Verfahren die Beziehungen des Bundesrates zum hohen Hause alterirt würden, so ist diese Vorwurfs wohl eine unbegründete. Eine Heraufsetzung des Paketgewichts auf fünf Kilogramm würde eine Mehrausgabe von 1.600.000 Mark verursachen. Ich bitte Sie also, die Regierungsvorlage wiederherzustellen und mögliche Spalten noch mit warmen Worten den Antrag des Abg. Grumbrecht zur Annahme empfehlen, welcher den Schluss des Art. 2 in der Fassung der Regierungsvorlage wiederherstellen will, daß die Beförderung von Päckern im Interesse der plaktiichen Ankunft in der Fahrtzeit kurz bemessener Züge ausgeschlossen werden kann, wenn andere zur Mitnahme von Päckereien geeignete Züge auf der betreffenden Bahn eingerichtet sind, da diese Bestimmung ein notwendiges Korrelat bildet zu der in Art. 1 neu aufgenommenen Bestimmung, daß die Einstellung besonderer Züge für die Zwecke des Postdienstes von der Postverwaltung nicht verlangt werden kann.

(Schluß folgt.)

verschaffen, eine Untersuchung anzustellen.“ Damit ist also der Klerus offiziell als Organ der Überwachung für Mediziner von mangelhafter Orthodoxie installiert! Ca marche!

Madrid, 28. Novbr. König Alfons ist gestern 18 Jahre alt geworden. Zur Feier dieses Tages war im königlichen Schloss großer Empfang und Abends ein Bankett, zu welchem auch das diplomatische Corps geladen war. 1655 Männer von Namen erschienen, um ihre Glückwünsche darzubringen, unter ihnen auch Serrano, Sagasta, Beranger und mehrere Generäle aus der republikanischen Zeit. Die Kaiser von Russland und Österreich, die Könige von Belgien und Portugal, auch Espartero und Cabrera hatten ihre Glückwünsche brieflich oder telegraphisch gesandt.

## Lokales und Provinzielles.

Wosen, 3. Dezember

Nähmaschinen für Lehrerfamilien. Die hiesige Regierung (zweite Abteilung) hat eine sehr übliche Maßregel beschlossen. Im Interesse des Lehrers des hiesigen Regierungsbezirks beabsichtigt sie, sich mit anerkannt renommierten Firmen in Verbindung zu setzen, um Nähmaschinen billig zu beziehen und diese an Lehrer zu verkaufen, welche den Kaufpreis entweder sofort nach der Empfangnahme oder in monatlichen, bzw. vierteljährlichen Raten zu entrichten haben. Im ersten Falle würde sich die Maschine um mehrere Thaler billiger stellen. Die Schulinspektoren werden deshalb beauftragt, bei den Lehrern schleunigst anzufragen, wer auf diesem Wege eine Maschine zu erwerben wünscht, ob eine Dreimaskine oder eine Handmaschine, ob nach dem System Wheeler-Wilson oder dem Singer'schen System. Der Preis dürfte zwischen 26 und 28 Thaler betragen incl. Fracht und Transportosten bis zur nächsten Eisenbahnstation des Bestellers. Die Regierung will eine dreijährige Garantie für die Brauchbarkeit der Maschine, sowie ferner zur Bedienung der betreffenden Fabriken unentgeltlich Unterricht in der Benutzung der Maschine ertheilen.

S Frankstadt, 1. Dezember. [Das Katharinenfest des ehrbaren Maurer- und Zimmerergewerks.] Katharina ist vorüber. Dieser Tag spielt in unserer Gegend eine bedeutsame Rolle, weil er für das ehrbare Maurer- und Zimmerergewerk ein großer Festtag ist. Von Rab und Fern eilen alle dieser Kunst Angehörigen, den altherkömmlichen Brauch aufzuhören, in unsere Stadt, um in lustigster und heiterster Weise sich für die heißen Sommerstage, in welchen die tropische Hitze bisweilen viele Schwitzkropfen forderte, zu entschädigen. Und in der That ist diese Entschädigung am Katharinenfest eine große. Zu Hunderten finden sich die Maurer und Zimmerer, ein jeder seiner Kunst anschließend, hier ein, und schon Nachmittags 3 Uhr beginnt das Fest, jede Kunst in einem besondern Lokale. Das Fest der Zimmerer ist der geringsen Kunstmitglieder wegen nicht so großartig wie das der Maurer. Noch ehe das Fest beginnt, sind sämtliche Lokalitäten überfüllt, und die ausschließlich über das ehrbare Maurerhandwerk gepflogenen Debatten verleihen den Sprechern einen solch hohen Ton von Enthusiasmus, daß es einem jeden Ueingeübten unmöglich wird, auch nur kurze Zeit unter den Feierlingen zu weilen. Es schlägt 3 Uhr und ein langanhaltendes Psi! ertönt. Die geläufigen Sungen werden schwächer, bis sie allmälig verstummen. Am Eingange der Thür erblickt man eine runde, sehr behäbig, dem ehrbaren Maurerhandwerk Ehre machende Gestalt. „Der Altgott kommt!“ Dieser begiebt sich mit ehrwürdiger Miene, begleitet von einem Habent Gruppen, nach dem Tisch, auf welchem sich die „Bundeslade“ befindet. Diesebe wird geöffnet und genau nachgesehen, ob auch Alles noch in Ordnung ist. Alsdann tritt eine annehmliche Schaar junger Burschen mit langärmeligen Stiefeln und weißen Stocken vor, freudigen Herzens den Ritterstall erwarten. Dies geschieht unter den üblichen Ceremonien des Altgelages. Nachdem der Alt vorüber, glauben die jungen Gefellen einen großen Schritt ins Leben gethan zu haben. Sie fühlen sich wie von Banden befreit, die erste Farce wird angeklindert und mit großer Schnelligkeit der erste Tanz erwartet. Während all' dieser Vorgänge hat sich ein Musikchor eingefunden und auch die Damen des Balles eilen von Rab und Fern herbei. Mutter und Tochter, angeladen mit einem festlichen Gewande, lassen sich holen, die Musik erbläut und heißt! gebläut ist. Aber auch dem Grokmutterchen in ihrem Kämmerlein wird an diesem Tage unbehaglich. Warum soll diese allein das Haus hüten? Der Gedanke an das so oft geöffnete Fest belebt sie von Neuem, das Herz schlägt schneller —, auch sie will noch einen Walzer riskiren. Schnell ergreift sie den Sonntagsstaat, eine große Krage habe mit langer rober Schleife verdeckt das ergrauta Haar und — ehe man sich's versieht, ist sie im Tanzsaal angelangt; und wie wohl sich Großmutterchen nach dem ersten langfahlen Walzer fühlte, konnte man auf ihrem Gesicht lesen. — Die ganze Nacht hindurch wird gegessen, getrunken und getanzt. Auch werden die Festgenossen des Abends durch die Meister beehrt, welche ab und zu ein Tändchen nicht scheuen, vornehmlich aber mit dem Vertilgungsprozeß diverser Kästchen Wein beginnen. Kurzum der Jubel und Trubel ist unbeschreiblich.

Wilhelmssee bei Dombrowa (Kreis Mogilno). 30. November. [Interessante Naturerscheinung.] Heut Morgen 9 Uhr beobachtete ich, so schreibt man der „N. A. B.“ einen Sonnen-Regenbogen, so schön, wie ich denselben in meinem Leben, trotz 50 Jahren, noch nie gesehen. Es war eine Stunde zwölf Minuten nach Sonnenaufgang, als ich im Morgen einen sehr hellen gelblichen, sehr intensiven Schein aus der Stube bemerkte, darauf sofort auf meinen Hof ins Freie trat und nun, rechts und links und gerade über die Sonne, hell erleuchtete Punkte, wie Nebensonnen, bemerkten konnte, die in gerade, grell, gelblich leuchtende Linien auszulaufen schienen. Bei längerem Sehen und durch Vorhalten der Hände, wodurch die Sonne verdeckt wurde, sah ich nun deutlich den schön gewölbten Bogen rund um die Sonne, von den drei besonders strahlenden Punkten auslaufend und die Form eines Regenbogens bildend. Unter der Sonne im Osten dunkles, viel Schnee verheizendes Gewölle, sonst aber der Himmel ganz klar!

## Aus dem Gerichtssaal.

Meserig, 1. Dezember. [Schwurgerichtsverhandlung wider den früheren Rittergutsbesitzer Adolph Wollmann und dessen Sohn Kalimir Bertram Wollmann wegen Mordes. Dritter Tag.] Die Tribünen sind, wie siehs, von einem eleganten Damenpublikum schon vor 9 Uhr Morgens gesättigt. Die Aussage des Zeugenants v. Thielken, der sich in Montreux aufhält, wofür er kommissarisch vernommen ist, wird verlesen. Sie lautet: „Im März 1874 lernte ich Wollmann und Sohn und den Major Neumann kennen, fuhr mit ihnen nach Waize und kaufte am 6. April Waize. Ich reiste, als ich von der Krankheit Neumanns hörte, nach Waize, kam aber erst nach dessen Tode dorthin an, wohnte jedoch der Beisetzung der Leiche bei. Die Bekanntschaft Wollmanns und Sohn wie Neumanns mache ich beim so genannten schweren Wagen in Berlin in der Behrensstraße. Am 14. oder 15. April 1875 kam ich zuerst mit Wollmann Vater in meines Vaters Gegenwart zusammen. Neumann hatte bereits früher einen Schlaganfall gehabt, er war stets in gedrückter Stimmung, als wenn er schwere Sorgen hätte; ich glaube, wenn er vergiftet worden, hat er dies aus Versehen selbst über mit Absicht gethan. Die Briefe Neumanns an dessen Maitresse verlangte ich im Namen Wollmanns von derselben.“

Der Vertheidiger Rechtsanw. Neumy verlangt die Verlesung einer Auskunft des kgl. Kriegsministeriums, aus welcher hervorgeht, daß Neumann schon früher an Kongregationen nach dem Kopfe gelitten und durch eine Verwundung an der rechten Schulter durch einen Granatsplitter östlich von großen Schmerzen gepeinigt gewesen sei; er wurde

in Folge seiner häufigen Kopfschmerzen pensionirt, war unverheirathet, hatte aber zwei Pflegelinder. Die Bengin Klara Baelzelac, 26 Jahre alt, ehemalige Maitresse des Neumann, von dem sie drei Kinder hat, sagt aus: „Ich lernte Neumann 1867 in Posen kennen und zog mit ihm nach Berlin, wo ich 1868 in Berlin mit ihm intime wurde und 1870 mit ihm zusammenzog und wohnte. Er klagte oft über Uebelkeiten Kopfschmerz, und daß ihm schwarz vor den Augen würde. Er wurde einmal auf der Straße so schwindelig, daß er sich an einem Laternenpfahl anhalten mußte. Vor seiner Abreise nach Waische erklärte ich mich mit ihm, weil er mehrere Tage weder Tag noch Nacht nach Hause kam, hierbei kam es zu Thätschkeiten, er schlug mich sogar mit einem Stock. Zwei oder drei Tage später verabschiedten wir uns. Er teilte seine Pension mit mir und meinen reisenden Kindern. Erst nachdem er Wollmanns kennen lernte vernachlässigte er mich und die Kinder, das kränkte mich. Ich schrieb ihm 2 Briefe nach Waische, er schrieb mir mehrere herzliche und freundliche Briefe und schickte mir auch zweimal Geld, einmal 36 und einmal 6 Thlr. Lieutenant von Thielen kam eines Tages, holte mir die Briefe ab unter dem Vorzeichen, sie dem Oberst des Regiments zu geben, weil für die Kinder gesorgt werden sollte; ich sollte die Briefe später zurück erhalten. Trotz alles Drängens erhielt ich die Briefe nicht zurück, ich wurde im Gesamtheit von Thielen zur Thiere mit Grobheiten hinausgeworfen, weil ich mein Eigentum, die Briefe, zurückverlangte. Unterstüzung für meine Kinder empfing ich keine, nur einmal 68 Thlr. von Wolf Wollmann zur Anschaffung von Trauerkleidern für mich und die Kinder. Ich löste von dem Gelde einen Theil der Uniform des Majors Säbel, ebenso ein, um diese zum Begräbniß derselben mitzunehmen, doch als ich in Waische eintraf, war der Major bereits begraben. Unterwegs in Dresden traf ich einen Herrn Scheffler, der mir sagte, Neumann sei durch Arsenik vergiftet worden. Wollmann hätte Neumann einen Revers über 3000 Thaler gegeben. Neumann habe dieses Geld nie erhalten. Fünf Briefe des Majors Neumann an die Baelzelac von Waische aus, werden auf Antrag der Staatsanwaltschaft verlesen, nachdem die Vertheidigung Stellen aus Briefen erwähnt hatte, die die Baelzelac an Neumann geschrieben und welche von Eiferichter derselben auf den Major deutlich sprachen. Die Briefe aus Waische selbst sprechen von großer Zuneigung des Neumann für die Beugin und für seine Kinder, während andere Briefe von früher datirt, große Zwistigkeiten besprachen, deren Ursachen Eifersucht der Baelzelac waren. Die Beugin sagt noch aus: Wollmann hat mich, nicht mit Scheffler zu sprechen. Er gab mir bei meiner Abreise aus Waische 68 Thlr. hartes Geld, kein Gold, mehrere Sachen des Majors und sein Portemonnaie, worin aber nur 1 Thlr. 15 Sgr. sich befanden. Auf die Frage des Präsidienten erwiderte die Beugin, daß sie nicht glaube, daß der Major 68 Thlr. barbares Geld bei seinem Tode besessen habe. Wollmann giebt an, daß im Portemonnaie des Verstorbenen, nach dessen Tode, sich 40 Thlr. in Gold befanden. Rechtsanwalt Mattaschek lernte den Major in Waische kennen, er fand in ihm einen liebenswürdigen, heiteren Mann, der gerne von den Kriegsgeiten, seinen Wunden usw. sprach. Staatsanwalt Dr. Dähne fragt die Baelzelac, ob der Major beim Schlafen stark „geschnarcht“ habe, Beugin antwortet: „Nein, der Major hat gar nicht geschnarcht.“ Die drei von mir geborenen Kinder sind von dem Major mit mir erzeugt. Ein Zeuge erklärt, der Major sagte ihm öfter, er habe Kopfschmerzen. Er hielt diese Kopfschmerzen nur für einen „Kassenjammer“ nach starkem Trinken. Der Angeklagte Benvo Wollmann schüttet sich bei dieser Auslassung des Angeklagten förmlich vor Lachen in rohster Weise aus, er fühlt das Unpassende und führt schnell ein Tuch vor sein Gesicht, das Lachen zu verbergen. Der Zeuge Scheffler bestreitet gesagt zu haben, daß der Neumann durch Arsenik vergiftet worden, muß aber später diese Aussetzung zugeben, und zwar zu Fr. Baelzelac. Wollmann sei habe ihm gesagt, Fr. Baelzelac habe das Gericht von der Vergiftung Neumanns zuerst verbreitet und er werde mit der Staatsanwaltschaft gegen sie vorgehen, denn so etwas lasse er nicht auf sich sitzen. Prof. Dr. Sonnenchein aus Berlin gerufen, erklärt, daß ihm drei Gläser vom l. Kreisgericht zu Birnbaum wohl versiegelt überwandt worden sind, und er den Inhalt derselben untersuchte, die den von uns bereits in der Anklage erwähnten Erfolg hatten. Kreisphysicus Dr. Hartwig erklärt, daß es seine Überzeugung sei, daß der Verstorbenen an Arsenik Vergiftung getorben sei. Dr. Gall und Professor Biermann erklären, daß man bei ihnen ebenso wie beim Dr. Lefortowitsch den Versuch mache, hauptsächlich ein Dr. Levy in Breslau, Schwager des Angeklagten Wolf Wollmann, ein Galatien dahin zu erhalten, daß die Vergiftung des Neumann laut Befund nach der gerichtlichen Untersuchung der Magen, Herz und Lungenenteile des Verstorbenen sich als unmöglich darstelle. Geh. Medizinalrat Dr. Gall aus Posen erwidert, daß er Referent des Medizinal-Kollegiums gewesen und daß das medizinische Gutachten des Medizinal-Kollegiums (welches verlesen wurde) auch heute seine Ansicht und er überzeugt sei, daß der Major Neumann an Vergiftung durch Arsenik verstorben ist. In demselben Sinne spricht sich der von Berlin aus als Sachverständiger herbeigerufene Geheim-Kath. Professor Dr. Scrczla aus. Er erklärt, daß in den circa 3½ Pfund schweren untersuchten Magentheilen usw. aufgefundene Gift von ca. 6½ Milligramm Gewicht als ein sehr bedeutendes, stark genug, nach Verhältniß aller übrigen Körpertheile, einem fräftigen Manne den Tod zu geben.

(Fortsetzung folgt.)

## Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Paris, 2. Dezember. Bankausweis:

	Bu n a h m e .
Barvorrath	2,278 000 Frs.
Vorteil. der Hauptb. u. d. Filialen	8 483 000
Ziemlich Vorräufe	2,771 000
Notenumlauf	1,771 000
Guthaben des Staatschafes	9,119,000
Abnahmen	
Pausende Rechn. der Privaten	1,818,000
Schuld des Staatschafes	

	Bu n a h m e .
Total-Reserve	10 696,140 Bfd. St. Abnahme 142 977 Bfd. St.
Notenumlauf	27,617 545 = Bu n a h m e 158 815 =
Barvorrath	23,313,685 = Bu n a h m e 115 838 =
Vorteile	20,053,932 = Bu n a h m e 949,304 =
Guth. d. Brib.	22,678,561 = Bu n a h m e 1,823,407 =
do. d. Staats	3,876,277 = Bu n a h m e 282 489 =
Notreserve	9,905,500 = Bu n a h m e 116,590 =
Regierungssicherheiten	13 852,842 = Bu n a h m e 1,239,958 =
	Bronzverhältnis der Reserve zu den Passiven: 33% p.C.
	Clearinghouse-Umsatz 130 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs Abnahme 6 Mill.

## Vermissches.

\* Berlin, 30. November. [Verschiedenes.] Ein biesiger Fuhrer hatte seine Ersparnisse in russischen Boden-Kredit-Pfandbriefen und zwar im Betrage von ca. 7000 Rbl. angelegt und diese dem biesigen Banquier Hoffmann mit dem Auftrage übergeben, die Papiere zu verkaufen und sobald der Cours gesunken, solche wieder anzukaufen. Der Verkauf der Papiere wurde seitens des Banquiers auch effektuiert, derselbe hatte jedoch das Geschäft nicht zu seinem Leisten aufzugeben, sondern die ganze Summe zu seinem eigenen Nutzen verwendet. Als der Fuhrer auf die Rückgabe seines Depots bestand, stellte sich heraus, daß der Banquier vollständig zahlungsunfähig geworden war, weshalb am Sonntag seine Verhaftung erfolgte. Es liegen außer diesem Falle noch mehrere vor. Ein Mißfährer stand am Sonnabend in der Person des Milchfahrers Behrend aus Buxtehude vor der Kriminal-Deputation des Kreisgerichts, um sich auf eine Anklage wegen wiederholten Beutes zu verantworten. Der Angeklagte hatte täglich die von den

wüstemärker Bauern produzierte Milch zu den Milchhändlern Hämig und Koch nach Charlottenburg zu fahren und den beiden Kunden allwochentlich Abrechnungsbücher vorzulegen, in welche die Konsumenten das Quantum der gelieferten Milch eintrugen. Anstatt aber diese Abrechnungsbücher zu benutzen, fertigte der Angeklagte selber Rechnungen aus, welche später ergaben, daß die Milch durch die unterwegs an denselben volljogene Laufe an Quantität netto um 100 Prozent gewonnen hatte. Um den natürlich doppelt so hohen erhaltenen Betrag waren die Milchabnehmer resp. das konkurrierende Publikum betrogen, ohne daß der Angeklagte denselben seinen Abgebern hätte zu Gute kommen lassen. Der Gerichtshof erkannte in Berücksichtigung, daß es bei diesem Betrage sich um die Fälschung eines der wichtigsten Nahrungsmittel handele, auf drei Monate Gefängnis und Entfernung auf ein Jahr. — Zur Trichinenfrage wird der „Trib.“ von kompetenter Seite geschrieben: „Die mittelalte eigentlich Erscheinungsform von Trichinen aus Martiniberg bietet dem Sachverständigen durchaus nichts Eigenthümliches dar. Die in den Magen und Darmkanal eines Thieres gelangten geschlecktreiften Trichinen entwickeln sich stets dabei in ungeheurer Anzahl bevor sie den Darmkanal verlassen und in die Muskeln des infizierten Thieres wandern. Gewöhnlich vergehen mehrere Wochen, ehe man sie in den Muskeln findet. Wenn also während dieser Zeit einrichtetes Schwein geschlachtet wird, wie es sicherlich bei dem Gastwirth L. geschehen ist, so kann der Fleischbeschauer die Trichinen natürlich nur im Darmkanal und nicht in den Muskeln finden.“

\* Glogau, 1. Dezember. Der Verbrecher, welcher in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag den Raubmord in der biesigen Stadt-Apotheke verübt hat, ist, wie schon erwähnt, ermittelt und befindet sich bereits hinter Schloß und Riegel. Der „N. J. A.“ berichtet folgendes Nähere: Es ist der zwanzigjährige Laufurde Karl Haupt aus Gläserndorf, Kreis Löben. Bereits am Freitag Nachmittag hatte Polizei-Inspektor Handke dem Untersuchungsrichter gegenüber seinen Verdacht betreffend den Karl Haupt ausgesprochen. Da derselbe jedoch schon längere Zeit von Glogau abweint ist und auch nicht das geringste Moment vorhanden war, wonach Haupt hier gewesen sein könnte, wurde von ihm abgesehen. Am Sonnabend stellte Polizei-Inspektor Handke bei der königl. Staatsanwaltschaft schriftlich den Antrag nach Haupt zu recherciren; er betonte dessen Gemeingefährlichkeit und dessen Bekanntheit in der qu. Apotheke, worin G. einige Monate als Laufurde gedient habe, ferner daß G. in jüngster Zeit vom Kriminalgericht in Breslau wegen Diebstahl stetsdienlich verfolgt wurde. Nunmehr rechercirte die Staatsanwaltschaft nach Breslau und nach seinem Heimatorte Gläserndorf. Von Breslau kam keine Antwort, dagegen lief am Dienstag Vormittag vom Amtsrichter im Gläserndorf die Anzeige ein, daß Haupt sich seit einigen Tagen bei seinen Eltern in Gläserndorf aufhalte. Unverzüglich fuhr der Polizei-Inspektor Handke und Staatsanwalt Heinke nach Gläserndorf, dort fanden sie Haupt bei seinen Eltern. Haupt leugnete auf das Entgegenstehe, in Glogau gewesen zu sein. Er wäre bei dieser Aussage geblieben, wenn ihm nicht Handke das Portemonnaie aus den Hosentaschen genommen hätte; dasselbe war mit neuem Gelde gefüllt. Nunmehr stand es fest, daß man in dem Menschen den Verbrecher gefunden. Man suchte weiter und fand in dem Toß-Schrank zwischen den Tellern eine Menge Kassenscheine, in einem Haufen Kartoffeln die Courant-Mullen, in einem anderen Behältnisse die dem Lehrling Röhr gehörige Uhr. Nachdem der Verbrecher sah, daß er überführt war, legte er ein umfassendes Geständnis ab. Carl Haupt war am Donnerstag aus dem Gefängnis in Breslau entlassen worden, mit der Eisenbahn bis Klopstock gefahren und von dort zu Fuß hierher gegangen. Gegen 9 Uhr Abends saß er sich in die Stadt-Apotheke ein und versteckte sich bis nach 12 Uhr Nachts im Kohlenkeller. Als er bemerkte, daß im Hause diese Ruhe herrschte, kam er aus dem Keller, versehen mit einem Kochlöffel, begab sich in die Apotheke und in das Nebenzimmer; in letzterem erbrach er mit dem Beil das Blut. In Folge des Verräters erwartete der Lehrling Röhr und schrie: „Wer ist da? Hilfe! Hilfe!“ Sofort sprang Haupt auf den im Bette sich aufrichtenden Röhr zu und versteckte ihm mit dem Beil die gefährlichen Schläge auf den Kopf. Haupt lehrte hierauf in das Nebenzimmer zurück und vollführte den bekannten Raub in größter Ruhe. Nachdem er die Uhr des Röhr und den Hausschlüssel an sich genommen, mit letzterem die Haustür geöffnet hatte, entfernte er sich und beachtete zum Preußischen Thore hinaus zu Fuß nach Breslau. Dort kaufte er sich für ca. 40 Thaler neue Kleidungsstücke, nahm sich einen Wagen und fuhr nach Gläserndorf, wo er gestern verhaftet wurde. Noch am gestrigen Abend gegen 11 Uhr ist Haupt in das biesige Kriminalgefängnis abgeführt und bereits heute vom Untersuchungsrichter verhört worden; er hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Komplizen sind bei dem Verbrechen nicht beteiligt.

\* Köln, 2. Dezbr. Der in Untersuchungshaft befindliche Director der fakturirten rheinischen Effektenbank, Gustav Horn, ist gestern freigesprochen und gegen 15,000 Mark Kavution vorläufig aus der Haft entlassen worden.

\* Die goldene Medaille für edle That ist seitens der schwedischen Regierung dem Kapitän Menzel, Führer des kleinen Schooners „Anna“ von Februar, verliehen worden. Dem Kapitän Menzel gelang es bekanntlich durch energische Anstrengungen und sehr geschickte Manövring seines Schiffes, im heftigen Sturm und bei empörter See die schwedischen Menschen, welche nach der entsetzlichen Katastrophe auf „L. D. Bager“ in dem kleinen Schiffboote den letzten verzweifelten Versuch einer Lebensrettung machten, dem ihnen sonst sicherer Tod zu entreissen. Außerdem hat die schwedische Regierung, nach der „Riel-Bta.“, der Mannschaft der „Anna“ eine Belohnung von 100 Kronen auszuzahlen lassen.

\* Die goldene Medaille für edle That ist seitens der schwedischen Regierung dem Kapitän Menzel, Führer des kleinen Schooners „Anna“ von Februar, verliehen worden. Dem Kapitän Menzel gelang es bekanntlich durch energische Anstrengungen und sehr geschickte Manövring seines Schiffes, im heftigen Sturm und bei empörter See die schwedischen Menschen, welche nach der entsetzlichen Katastrophe auf „L. D. Bager“ in dem kleinen Schiffboote den letzten verzweifelten Versuch einer Lebensrettung machten, dem ihnen sonst sicherer Tod zu entziehen. Außerdem hat die schwedische Regierung, nach der „Riel-Bta.“, der Mannschaft der „Anna“ eine Belohnung von 100 Kronen auszuzahlen lassen.

\*\* London, 2. Dezember. Bankausweis:

	Bu n a h m e .
Total-Reserve	10 696,140 Bfd. St. Abnahme 142 977 Bfd. St.
Notenumlauf	27,617 545 = Bu n a h m e 158 815 =
Barvorrath	23,313,685 = Bu n a h m e 115 838 =
Vorteile	20,053,932 = Bu n a h m e 949,304 =
Guth. d. Brib.	22,678,561 = Bu n a h m e 1,823,407 =
do. d. Staats	3,876,277 = Bu n a h m e 282 489 =
Notreserve	9,905,500 = Bu n a h m e 116,590 =
Regierungssicherheiten	13 852,842 = Bu n a h m e 1,239,958 =
	Bronzverhältnis der Reserve zu den Passiven: 33% p.C.
	Clearinghouse-Umsatz 130 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs Abnahme 6 Mill.

Frankfurt a. O., 2. Dezember. Laut amtlicher Mitteilung ist bei der heute im dritten Wahlkreise des biesigen Regierungsbezirks (Bärwalde) stattgehabten Wahl eines Abgeordneten zum preußischen Landtag Stadtgerichtsrath Schroeder in Berlin mit 135 von 184 Stimmen wiedergewählt worden. Der Gegenkandidat desselben, Fr. v. Dobeneck (conservativ), erhielt 47 Stimmen.

Wien, 2. Dezember. Auch das „Fremdenblatt“ erfährt, daß die Meldung der „Times“ vor dem angeblichen Scheitern der österreichisch-russischen Verhandlungen über die Dinge im Orient vollkommen unbegründet sei und daß die österreichischen Vorschläge schon seit längerer Zeit die prinzipielle Zustimmung der übrigen Kaiserthäler gefunden hätten. Es handele sich jetzt nur noch um die Details und die definitive Einigung darüber sei von der Rückkehr des Kaisers Alexander und des Reichskanzlers Fürst Gortschakoff, die unmittelbar bevorstehe, abhängig.

Brüssel, 2. Dezember. Die Deputirtenkammer hat heute die Beratung des Etats für das Ministerium des Auswärtigen zu Ende geführt und den Etat genehmigt. Von dem Deputirten Dedecker wurde dabei die vor einiger Zeit in der Schelde erfolgte Begnahrung eines dänischen Handels-Fahrzeuges durch ein holländisches Kriegsschiff mit dem Bemerkern zur Sprache gebracht, daß dieser Fall die Rechte Belgiens in hohem Maße berühre. Der Minister des Auswärtigen erklärte indes, jener Zwischenfall sei nach verschiedenen Richtungen

von Bedeutung und Wichtigkeit und erscheine es ihm zur Zeit nicht opportun, daß derselbe zum Gegenstand einer Befreiung gemacht würde.

Versailles, 2. Dezember. Von den Abtheilungen der Nationalversammlung wurde heute die Wahl der Kommission vorgenommen, welche die auf die Auflösung der Nationalversammlung bezüglichen Anträge berichten soll, es wurden 9 Mitglieder der Rechten und 6 Mitglieder der Linken in die Kommission gewählt. Sämtliche Kommissionsmitglieder sind darüber einig, daß die Auflösung der Nationalversammlung zu einem möglichst nahen Zeitpunkte zu erfolgen habe, von der Rechten ist für den 13. Februar f. J. von der Linken für den 20. Februar f. J. die Vornahme der Wahlen zur neuen gesetzgebenden Versammlung beantragt.

Nom. 1. Dezember. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer fand die Generalabstimmung des Einnahmebudgets pro 1876 statt. Der Deputierte Engen brachte eine Tagesordnung ein, welche gegen die Verwaltung wegen der Mahlsteuer ein Tadelvotum ausspricht. Der Ministerpräsident Minghetti gab die auf diese Angelegenheit bezüglichen Ausführungen und verwahrte sich gegen das Tadelvotum. Darauf brachte der Deputierte Maurogonato-Pesaro eine Tagesordnung ein, dahin gehend, daß die Kammer von der Erklärung des Ministers Kenntnis nehme und zur Beratung der einzelnen Artikel des Budgets übergehe. Diese Tagesordnung wurde bei namentlicher Abstimmung mit 139 gegen 102 Stimmen angenommen.

Bukarest, 2. Dezember. Aus Regierungskreisen verlautet, daß die deutsche Regierung ihre Geneigtheit zum Abschluß einer Handelskonvention der diesseitigen Regierung zu erkennen gegeben habe. — Der Fürst hat die Statuten der Banque de Bukarest, welche ihre Thätigkeit demnächst beginnen wird, genehmigt. — In Folge starken und anhaltenden Schneefalls, der die Kommunikationen vielfach unterbrochen hat, sind seit 3 Tagen alle Posten ausgeblieben.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen.

Für das Folgende übernimmt die Redaktion seine Verantwortung.

## Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 2. Dezember. Getreide-Börse. Weiter: Frost bei klarer Luft. Wind: S.

Weizen solo fand am heutigen Marte nur wenig Kauflust und die Stimmung dafür war recht matt. 210 Tonnen sind verkauft, doch waren gefährliche Preise nicht voll zu erreichen. Bezahlt wurde für Sommer 131, 131/2 Bfd. 192 Mt., glasig grau 127 Bfd. 198, 200 Mt., glasig 129 Bfd. 205 Mt., hellfarbig 129 Bfd. 204 Mt., 131/2 Bfd. 132 Bfd. 208, 209 Mt., hellbunt 133 Bfd. 215 Mt. B. 212 Mt. Gd. Regulierungspreis 200 Mt.

Roggan solo matt, 121 Bfd. ist zu 153 Mt., 127 Bfd. 157, 158 Mt., 128 Bfd. 159 Mt. per Tonne verkauft. Umsatz 20 Tonnen. Termine matter, April-Mai 155 Mt. bez. 156 Mt. B. Regulierungspreis 150 Mt. — Getreide solo große 11,6 Bfd. 165 Mt., 117 Bfd. 166 Mt. per Tonne bezahlt. — Erdbeeren solo nachgehend, Mittel 160 Mt., Koch 168 Mt. per Tonne bezahlt. — Bohnen solo

